

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuss

17. WP - 62. Sitzung

am Mittwoch, dem 1. Juni 2011, 14:30 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Astrid Damerow (CDU)	Stellv. Vorsitzender
Dr. Michael von Abercron (CDU)	
Werner Kalinka (CDU)	
Petra Nicolaisen (CDU)	
Barbara Ostmeier (CDU)	
Dr. Kai Dolgner (SPD)	
Serpil Midyatli (SPD)	
Peter Eichstädt (SPD)	i.V. von Thomas Rother
Ingrid Brand-Hückstädt (FDP)	
Jens-Uwe Dankert (FDP)	i.V. von Gerrit Koch
Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Heinz-Werner Jezewski (DIE LINKE)	
Silke Hinrichsen (SSW)	

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Keine anlasslose Speicherung aller Telefon- und Internetverbindungsdaten	5
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1354	
2. Entwurf eines Gesetzes über den Vollzug der Untersuchungshaft in Schleswig-Holstein	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/1255	
Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1322	
3. Frauen in Führung	8
Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW Drucksache 17/690 (neu)	
4. Netzneutralität in Europa sichern	9
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE Drucksache 17/1278 (neu)	
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1326	
5. Entwurf eines Gesetzes zum Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag	10
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/1336	

6. Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein **11**

Tätigkeitsbericht 2011

[Drucksache 17/1220](#)

7. Verschiedenes **12**

Die stellvertretende Vorsitzende, Abg. Damerow, eröffnet die Sitzung um 14:35 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Keine anlasslose Speicherung aller Telefon- und Internetverbindungsdaten

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 17/1354](#)

(überwiesen am 24. März 2011)

hierzu: [Umdruck 17/2439](#)

Abg. Brand-Hückstädt erklärt, die Fraktionen von CDU und FDP seien gerade dabei, einen gemeinsamen Änderungsantrag zu erarbeiten. Sie bittet deshalb um Vertagung der weiteren Beratungen.

Die Ausschussmitglieder kommen überein, ihre weiteren Beratungen bis zu ihrer Sitzung am 15. Juni 2011 zu verschieben.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über den Vollzug der Untersuchungshaft in Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 17/1255](#)

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/1322](#)

(überwiesen am 23. Februar 2011)

hierzu: [Umdrucke 17/2089](#), [17/2337](#), [17/2355](#), [17/2367](#), [17/2377](#), [17/2378](#),
[17/2379](#), [17/2392](#), [17/2394](#), [17/2398](#)

- Verfahrensfragen -

Abg. Dr. Dolgner beantragt für die SPD-Fraktion die Durchführung einer mündlichen Anhörung.

Abg. Brand-Hückstädt erklärt, die FDP-Fraktion sei der Auffassung, dass eine zusätzliche mündliche Anhörung nicht erforderlich sei. Sie würde ihrer Ansicht nach nicht weiterhelfen. Zu dem Thema Bezahlung von Untersuchungshäftlingen, das auch in Stellungnahmen in der schriftlichen Anhörung angesprochen worden sei, warte die Fraktion der FDP noch auf eine Stellungnahme des Justizministeriums und des Finanzministeriums. Sie schlage deshalb vor, die weiteren Beratungen noch einmal zu vertagen.

Abg. Hinrichsen unterstützt den Verfahrensvorschlag, zusätzlich noch eine mündliche Anhörung durchzuführen.

Abg. Eichstädt weist darauf hin, dass der Ausschuss ausweislich des Protokolls damals beschlossen habe, „zunächst“ eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die SPD-Fraktion sei deshalb immer davon ausgegangen, dass sich noch zusätzlich eine mündliche Anhörung anschließen werde. Er kündigt außerdem für die SPD-Fraktion die Vorlage eines Änderungsantrags zum Gesetzentwurf an.

Auch Abg. Fürter plädiert für die Durchführung einer mündlichen Anhörung, insbesondere vor dem Hintergrund der Bedeutung des Themas Untersuchungshaft für einen Rechtsstaat und

der Tatsache, dass der Ausschuss dadurch auch keine Beratungszeit verlieren werde, wenn man sowieso noch Beratungsbedarf in den Fraktionen von CDU und FDP habe.

Abg. Jezewski schließt sich für die Fraktion DIE LINKE dem Wunsch nach Durchführung einer mündlichen Anhörung an.

Abg. Ostmeier erklärt für die CDU-Fraktion, man wolle sich dann dem Wunsch nach einer mündlichen Anhörung nicht verschließen, auch wenn sich die für die Justiz rechtlichen Fragen aus Sicht der CDU-Fraktion nicht ungedingt für die Erörterung in einer mündlichen Anhörung eignen.

Die Ausschussmitglieder kommen überein, zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung über den Vollzug der Untersuchungshaft in Schleswig-Holstein, [Drucksache 17/1255](#), und dem dazu vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, [Drucksache 17/1322](#), zusätzlich eine mündliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, innerhalb einer Woche ihre Anzuhörenden gegenüber der Geschäftsführerin des Ausschusses zu benennen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Frauen in Führung

Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW
[Drucksache 17/690](#) (neu)

(überwiesen am 8. Juli 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an den
Wirtschaftsausschuss)

Abg. Fürter beantragt, über die einzelnen Nummern des Antrags der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW einzeln abzustimmen.

Abg. Kalinka erklärt, darauf habe sich seine Fraktion nicht eingestellt, er beantrage deshalb, die Abstimmung zu diesem Antrag noch einmal zu vertagen. - Der Ausschuss verschiebt daraufhin seine weiteren Beratungen und die Abstimmung zum Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, Frauen in Führung, [Drucksache 17/690](#) (neu), um eine Woche.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Netzneutralität in Europa sichern

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
DIE LINKE

[Drucksache 17/1278](#) (neu)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP

[Drucksache 17/1326](#)

(überwiesen am 25. Februar 2011 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und
den Europaausschuss)

hierzu: [Umdruck 17/2338](#)

Abg. Dr. Dolgner schlägt vor, die weiteren Beratungen zu diesem Tagesordnung bis zur Vorlage des Abschlussberichtes der Enquetekommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Bundestages zurückzustellen. - Der Ausschuss stimmt diesem Verfahrensvorschlag zu.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zum Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 17/1336](#)

(überwiesen am 25. März 2011)

hierzu: [Umdrucke 17/2264](#), [17/2362](#), [17/2395](#), [17/2403](#), [17/2414](#), [17/2421](#),
[17/2426](#), [17/2427](#), [17/2437](#)

Abg. Brand-Hückstädt regt an, dass sich die Fraktionen innerhalb einer Woche darüber verständigen sollten, ob eine mündliche Anhörung zu bestimmten Themenbereichen des Gesetzentwurfs erforderlich sei. - Der Ausschuss stimmt diesem Verfahrensvorschlag zu und kommt überein, über die weiteren Verfahrensfragen, insbesondere die Durchführung einer zusätzlichen mündlichen Anhörung, in einer seiner nächsten Sitzungen zu beraten.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein

Tätigkeitsbericht 2011

[Drucksache 17/1220](#)

(überwiesen am 27. Mai 2011 an den **Innen- und Rechtsausschuss** sowie alle weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

- Verfahrensfragen -

Abg. Dr. Dolgner schlägt vor, den Datenschutzbeauftragten des Landes in eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses einzuladen.

Abg. Fürter und Abg. Jezewski schließen sich diesem Verfahrensvorschlag an. Abg. Jezewski erklärt, wenn dies erst nach der Sommerpause erfolgen sollte, sei es aus seiner Sicht sinnvoll, Herrn Dr. Weichert dann auch zu bitten, aus datenschutzrechtlicher Sicht zur Durchführung des Zensus 2011 Stellung zu nehmen.

Die Ausschussmitglieder stimmen diesen Verfahrensvorschlägen zu.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Ausschuss kommt überein, in seiner nächsten Sitzung darüber zu entscheiden, wie er mit dem Schreiben des Flüchtlingsbeauftragten, [Umdruck 17/2463](#), zur Unterbringung der Asylsuchenden im Land umgehen wolle.

Er diskutiert außerdem über ein Schreiben der Humanistischen Union vom 24. Mai 2011, in dem diese um zusätzliche Anhörung zu den Vorkommnissen während der Demonstration in Lübeck bittet. - Dabei verweisen die Vertreter der Fraktionen von CDU und FDP darauf, dass es einen schriftlichen Bericht der Humanistischen Union gebe, sodass die Auffassung der Humanistischen Union dem Ausschuss bereits bekannt sei. - Vertreter der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE erklären, dass für sie immer noch ein Widerspruch zwischen der Beschreibung der Ereignisse durch die Polizei und das Innenministerium und der Beschreibung durch die Humanistische Union und dem Kirchenkreis bestehe. Von daher sähen sie nach wie vor Bedarf, sich im Ausschuss auch noch einmal von einer anderen Seite berichten zu lassen. - Abg. Hinrichsen erklärt für den SSW, sie fühle sich zwar ausgewogen informiert, habe aber nichts dagegen, dass die Humanistische Union vom Ausschuss noch einmal dazu angehört werde. Sie schließe sich insbesondere aber auch dem Wunsch von Abg. Fürter an, abgetrennt von der Demonstration in Lübeck noch einmal über die Möglichkeit der Regelung der Demonstrationsbeobachtung von Abgeordneten mit dem Innenministerium zu sprechen. - Die stellvertretende Vorsitzende, Abg. Damerow, stellt fest, dass im Ausschuss mehrheitlich nicht der Wunsch bestehe, die Humanistische Union noch einmal zu dem Demonstrationsgeschehen anzuhören.

Abg. Kalinka regt an, zur Frage der Teilnahme von Abgeordneten an Demonstrationen den Wissenschaftlichen Dienst des Landtags mit einer Stellungnahme zu beauftragen. Dieser könne auch vor dem Hintergrund der Ausführungen des Innenministeriums dazu noch einmal ausführen, welche Rechte und Pflichten Abgeordnete in einer solchen Situation hätten. gegebenenfalls könnten die Fraktionen weitere Fragestellungen in diesem Zusammenhang direkt an den Wissenschaftlichen Dienst stellen. - Abg. Eichstädt erklärt, solche zusätzlichen Fragestellungen sollten aus seiner Sicht entweder vom Ausschuss formuliert werden oder aber von den Fraktionen selbst an den Wissenschaftlichen Dienst als eigene Fragestellungen gerichtet werden. - Abg. Kalinka erklärt, vielleicht könne man sich darauf einigen, zunächst die Fragestellungen zu sammeln und dann im Ausschuss noch einmal darüber zu beraten, welche Fra-

gestellungen an den Wissenschaftlichen Dienst gegeben werden sollten. - Die Ausschussmitglieder kommen überein, zunächst in den Fraktionen darüber nachzudenken, welche Fragestellungen an den Wissenschaftlichen Dienst in diesem Zusammenhang gerichtet werden sollten, und dann im Ausschuss zu gegebener Zeit über das weitere Verfahren zu beraten.

Die stellv. Vorsitzende, Abg. Damerow, schließt die Sitzung um 15:30 Uhr.

gez. Astrid Damerow
Stellv. Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin